

newsletter des VLW Rheinland-Pfalz

newsletter des VLW Rheinland-Pfalz
Ausgabe vom 6. März 2022



Corona: VLW mahnt weiterhin zur Vorsicht

Krieg in der Ukraine: Geflüchtete werden bald an den BBSn ankommen

Schule der Zukunft: Landesregierung lädt zu Informationsveranstaltungen ein

Inflation: Coronabonus kann Kaufkraftverlust nicht ausgleichen

„Am Aschermittwoch ist alles vorbei“. Leider gilt das nicht für die Corona-Krise. Laut Landesuntersuchungsamt ist die Zahl der Neuinfektionen im Vergleich zur Vorwoche in den meisten Landkreisen und kreisfreien Städten wieder angestiegen. Lediglich die Kreise Altkirchen, Germersheim, Trier-Saarburg und die kreisfreien Städte Frankenthal, Ludwigshafen, Neustadt/Weinstraße und Worms bilden hier die erfreuliche Ausnahme. Insofern scheinen die angekündigten Lockerungen des Ministeriums noch verfrüht. Immerhin soll das Hygiene- und das Testkonzept bis 11. März beibehalten werden, um die weitere Entwicklung abzuwarten. Danach sollen Einschränkungen, wie beispielsweise beim Sportunterricht, der aber weiterhin bevorzugt im Freien stattfinden soll, entfallen. Zudem soll die anlasslose Testung auf zwei Mal wöchentlich reduziert werden. Ab 21. März soll dann die Maskenpflicht am Platz entfallen. Diese Lockerungen stehen unter dem Vorbehalt bundesweiter Regelungen und einer rückläufigen Inzidenz. **Der VLW begrüßt die Politik der moderaten Schritte, mahnt aber zur Vorsicht, denn für eine nachhaltige Entwarnung ist es angesichts der aktuellen Fallzahlen noch deutlich zu früh.**

Weltweit sind die Menschen schockiert und fassungslos über den Krieg in der Ukraine, den so kaum noch jemand im Europa des 21. Jahrhunderts für möglich gehalten hätte. Da ist es absolut richtig, den vom Kriegsgeschehen unmittelbar Betroffenen Zuflucht zu gewähren. Dazu gehört auch der Zugang zu Bildung. **Der VLW rechnet damit, dass schon bald 15- bis 17-jährige ukrainische Jugendliche an unseren BBSn ankommen werden und fordert ADD und Ministerium auf, dies bereits jetzt bei der Personalplanung zu berücksichtigen. Ebenso müssen die Ressourcen für Sprachförderlehrkräfte, Schulsozialarbeit und Schulpsychologen ausgeweitet werden.**

Um für die neuen Anforderungen des Lernens im 21. Jahrhundert gerüstet zu sein, will die Initiative „Schule der Zukunft“ Schulen auf dem Weg zu unterschiedlich wählbaren Entwicklungszielen unterstützen und begleiten. Dabei wird betont, dass die gesamte Schulgemeinschaft in den Prozess einbezogen werden soll, in dessen Mittelpunkt die einzelne Schülerin bzw. der einzelne Schüler steht. Für den Zeitraum von 21.-31. März lädt die Initiative zu jeweils 60-minütigen Informationsveranstaltungen ein. **Der VLW empfiehlt seinen Mitgliedern die Teilnahme an diesem Prozess, der nicht ohne die Expertise von aktiven Lehrkräften erfolgen sollte. Anmeldeschluss ist der 14. März.** Sollte Ihnen das Einladungsschreiben mit den Links zur Anmeldung nicht zur Verfügung stehen, können Sie es bei der VLW-Geschäftsstelle unter info@vlw-rlp.de mit dem Stichwort „Schule der Zukunft“ anfordern.

Pünktlich zum Ende des vorigen Monats hat das Landesamt für Finanzen mit den Gehältern für die Landesbediensteten den Coronabonus ausbezahlt. Der VLW begrüßt hierbei ausdrücklich, dass auch die Beamtinnen und Beamten in den Genuss der steuerfreien Zuzahlung kommen. Rechnet man den

Bonus auf die Zeit von Januar bis November um, so entspricht dieser in etwa einer linearen Nettogehaltsteigerung von 3 %, in Abhängigkeit von der jeweiligen Besoldungsstufe. Ab 1.12.2022 wird es dann die tariflich vereinbarte lineare Erhöhung von 2,8 % geben. **Die Befürchtung des VLW, dass es sich bei der erhöhten Inflationsrate (4,9 % im Januar und 5,1 % im Februar) um einen länger anhaltenden Prozess handelt, wird durch das Kriegsgeschehen und dessen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft noch verstärkt. Somit droht den staatlich Bediensteten ein weiterer Kaufkraftverlust, der weder durch den Coronabonus noch durch die lineare Erhöhung am 1.12. ausgeglichen werden kann. Noch stärker betroffen sind unsere Pensionärinnen und Pensionäre, denen der steuerfreie Coronabonus erst gar nicht zugestanden wurde. Der VLW warnt eindringlich davor, den öffentlichen Dienst bei der Besoldungsentwicklung abzuhängen. Denn dies wird unweigerlich dazu führen, die Attraktivität, insbesondere des Lehramtes an berufsbildenden Schulen, zu schmälern. In der Folge ist ein Rückgang an qualifizierten Bewerbungen unvermeidlich.**

Sie sind anderer Meinung oder möchten noch etwas ergänzen? Dann schreiben Sie uns. Wir freuen uns auf Ihr Feedback unter info@vlw-rlp.de.